

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Studienreform und wissenschaftliche Weiterbildung beschleunigt voranbringen**

Der gegenwärtige Übergang unserer Gesellschaft zur Wissensgesellschaft ist vielfach beschrieben. Stichworte sind die wachsende Bedeutung der Fähigkeit von Gesellschaften, nicht nur Informationen herzustellen, sondern sie zu Wissen zu ordnen; die Notwendigkeit, das Qualifikationsniveau der Gesellschaft und damit auch die Anzahl von Hochschulabsolventen weiter anzuheben; die extreme Beschleunigung in der Gewinnung neuen Wissens und damit der Entwertung vorhandenen Wissens.

Die gegenwärtige Realität in Deutschland, auch im Land Bremen, entspricht dem trotz vieler Fortschritte und engagierter Arbeit noch längst nicht ausreichend: die Zahl der Hochschulabsolventen ist zu niedrig, gemessen auch an der Zahl der Studienberechtigten und Studienanfänger; das Erststudium ist — auch in der Wahrnehmung der meisten Studierenden — zu wenig durchsichtig und zu oft zu lang; erworbene Qualifikationen passen zu häufig nicht zur tatsächlichen Berufstätigkeit; die wissenschaftliche Weiterbildung muss sich an den Hochschulen ihren Platz als gleichberechtigt wahrgenommene Aufgabe noch erobern.

In dieser Situation ist es notwendig, eine tiefgreifende Studienreform des lebenslangen Lernens zu formulieren und auch entschlossen und zügig umzusetzen. Die bremischen Hochschulen haben dafür schon viele Anstrengungen unternommen, die unterstützt und konzentriert weitergeführt werden müssen. Es geht um eine Studienreform, die eine größere Zahl von überschaubaren Angeboten macht; die flexible Baukastensysteme von Abschlüssen und von Studienprogramm-Modulen schafft; die international attraktiv ist; eine Studienreform, die es so jungen Menschen erleichtert, auch unter schwierigen Lebensumständen ihre Bildungsbiografie selbst zu gestalten; eine Studienreform, die die Grundausbildung in der Sache und in der Zeit konzentriert, um darauf spezialisierte Ausbildung aufzubauen; und die damit Raum und Zeit schafft für die lebenslange Aneignung neuen Wissens durch wissenschaftliche Weiterbildung.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, mit den Hochschulen des Landes Bremen in Beratungen einzutreten mit dem Ziel, mit ihnen u. a. in den Kontrakten folgendes zu vereinbaren:
 - die Hochschulen führen mittelfristig in allen Fächergruppen Bachelor- und Master-Abschlüsse als Studienangebote ein. Sie prüfen dabei, ob und wo dadurch die Abschlüsse Diplom und vor allem Magister ersetzt werden sollen;
 - im Jahr 2001 treffen die Hochschulen — jeweils intern und zwischen den Hochschulen — Vereinbarungen über die Grundsätze der Einführung, des Zuschnitts und des Verhältnisses von Bachelor- und Master-Abschlüssen an den verschiedenen Hochschulen;
 - die Hochschulen legen im Jahr 2001 Vorschläge für die Einführung von neuen Abschlüssen jeweils auch im Kernbereich der Geistes- und Sozialwissenschaften vor;
 - die Hochschulen machen Vorschläge zu Angeboten, die im ersten Studienjahr dem gezielten Ausgleich von Defiziten bei den Studierenden dienen; hierbei ist zentral, wie eine bessere Beratung sichergestellt werden kann;

- jede Hochschule entwickelt im Jahr 2001 allgemeine Grundsätze zur Modularisierung der Studiengänge, die auf den Zielen besserer Überschaubarkeit des Studiums, Erleichterung des Teilzeitstudiums sowie größerer Interdisziplinarität, Flexibilität und Praxisorientierung beruhen. Die Modularisierung der Studiengänge soll innerhalb von zwei Jahren auf breiter Basis begonnen sein; die Hochschulen legen dafür einen Zeitplan vor. Dabei soll die Frage von Studienmodulen exklusiv für Studentinnen — vor allem in den Natur- und Ingenieurwissenschaften — gesondert geprüft werden;
 - die Hochschulen legen Zeitpläne zur weiteren Einführung studienbegleitender Prüfungen nach europäisch anerkannten Leistungspunkt-Systemen vor.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Genehmigungsfähigkeit studienbegleitender Prüfungs- und Leistungspunktsysteme neben der gleichzeitigen Geltung der Rahmenprüfungsordnungen abschließend klarzustellen.
 3. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Hochschulen regelmäßig bei der Einführung neuer Studienangebote zur Verbesserung der Praxisorientierung und der Reaktionsfähigkeit auf neue Praxisanforderungen in „Innovationsräten“ die Erfahrungen von Praktikern und Theoretikern des Arbeitsmarktes aufnehmen.
 4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, solche Studienreformanstrengungen der Hochschulen zu unterstützen
 - durch die Förderung von Reformprojekten mit zusätzlichen Mitteln im Rahmen des Investitionssonderprogramms bzw. im Programm Hochschule und Wissenschaft; dies gilt auch für die Kosten der Akkreditierung;
 - durch verbindliche Erklärung, dass die Akkreditierung von Studiengängen die behördliche Genehmigung ersetzt;
 - durch aktive Unterstützung beim Aufbau einer Akkreditierungsinstanz „Nordverbund“.
 5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:
 - die Schaffung eines formellen Status des „Teilzeitstudierenden“ nicht weiterzuverfolgen;
 - mit den Hochschulen u. a. in den Kontrakten zu vereinbaren, welche organisatorischen Verbesserungen (langfristigere Studienplanung, Blockunterricht in den Ferien, Einsatz von Multimedia u. a.) entwickelt werden, um Teilzeitstudierenden das Studium zu erleichtern;
 - geeignete Maßnahmen zur Verkürzung der Prüfungsbearbeitung zu ergreifen.
 6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:
 - Regelungen der Hochschulen zu unterstützen und abzusichern, die darauf zielen, durch Anreize die wissenschaftliche Weiterbildung in Zentrum der Tätigkeit auch der Professorinnen und Professoren zu rücken;
 - der Deputation für Wissenschaft bis zum 30. April 2001 ein Konzept vorzulegen, wie die Hochschulen im Land Bremen gemeinsam ihr Angebot an wissenschaftlicher Weiterbildung entwickeln, präsentieren und auch überregional vermarkten. Die Form der Zusammenarbeit mit privaten Trägern im Land Bremen und ein gemeinsamer Auftritt ist dabei gesondert zu prüfen.
 7. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf sicherzustellen, dass die forcierte Entwicklung multimedial gestützter Studien- und Lehrangebote ein wesentlicher Schwerpunkt des Landesprogramms T.I.M.E wird.

Dr. Kuhn,
 Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen